

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Ausgabe

Nr. 35

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitglie-
dern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der
„Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00
pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vor-
ausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postkontokonto 7718 Köln.

Köln,
den 2. September 1927.

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellen-
gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die
Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Dorotheenstraße 9.
Telephonruf West 51516. — Redaktionschluss ist Samstag
Mittag.

28. Jahre.

Arbeiterfrage und höhere Schule.

Klassenteilung, Klassenfremdheit und sogar Klassenhaß sind in unserm Vaterlande als Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung und bewußter Erziehung und Beeinflussung unteuflbar vorhanden. So traurig diese Tatsache ist, noch trauriger wäre es, wenn sie gleichfalls durch Entwicklung und tatkräftige Gegenarbeit nicht beseitigt werden könnte. Die Besten und in ihrer Seele Verantwortungsvollsten unseres Volkes bemühen sich seit langem darum, wesentliche Besserung der allgemeinen Geistesverfassung ist auch nicht zu bestreiten.

Zur völligen Befreiung aus dieser Vergiftung heraus aber werden wir erst dann gelangen, wenn unsere Schuljugend planmäßig und intensiv im Gedanken der sozialen Volksgemeinschaft erzogen wird. Dies gilt für die gesamte Jugend und für alle Schulgattungen, am stärksten aber für die höhere Schule, da aus ihr einstmal die einflussreichsten Männer des Volkes und seine Führer hervorgehen sollen. Auf die höhere Schule legen diese Ausführungen auch deshalb besonderen Ton, weil sie gern in lebensfernen Höhen schwebt und erfahrungsgemäß nur sehr selten zu den Fragen der handtatschenden Bevölkerung und den sozialen Problemen herniedersteigt. Da zudem die Schüler der höheren Schulen fast durchweg bessergestellten Kreisen entstammen, treten sie dereinst als junge Männer in das große Volksleben, fremd der Lebensart und dem Geiste des größten Volksteiles, unbekannt mit seinen Nöten und Bedürfnissen, und doch im Bewußtsein der Anwartschaft auf Führertum. Entweder richten sie dann leicht großes Unheil an, verschärfen die Gegensätze in dem nun verständnislosen Dünkel, oder aber sie müssen erst in der harten Schule des Lebens Lehren nehmen. Die Eindrücke und das Wissen der aufnahmefreudigen Jugendzeit aber sind durch nichts gleichwertig zu ersetzen.

Wie soll nun die Schule arbeiten, um die soziale Volksgemeinschaft vorzubereiten? Für rechte Unterweisung und Belehrung bieten fast alle Fächer Gelegenheit, besonders aber die Stunden für Religion, Deutsch und Geschichte. Man glaube nicht, daß auf Seiten der Schüler für solche Fragen noch kein Interesse vorhanden ist. Im Gegenteil, bei den älteren, etwa vom 15. Lebensjahre an, wartet der günstigste Boden, kann man geradezu von einem Durst nach wirtschaftlicher und sozialer Belehrung sprechen. Ich habe da die häufigste Erfahrung. Für die mittleren Klassen eignen sich vorzüglich gute Lebensbilder von Arbeiter- und Wirtschaftsführern, dazu lebendige und packende Schilderungen aus den verschiedensten Arbeitsbereichen. Den reiferen Schülern aber muß ein Einblick in das verschlungene Wirtschaftsgetriebe gegeben werden, und, was noch ungleich wichtiger und wertvoller ist, bahne man ihr Verständnis für den Wert der Arbeit an sich, für das Verhältnis von Hand- und Kopfarbeit, für ihre sittliche Gleichwertigkeit an. Der Wert des Menschen steckt im Herzen, aber nicht in der Art des Arbeitsmittels. Die soziale Frage muß in ihrer ganzen unerhörten Wucht und brennenden Größe dem jugendlichen Verstand ausleuchten, an das empfängliche Gemüt der Jugend zutiefst rühren. Ein sozialer Entwicklungsschnitt durch die Geschichte gibt für das Verständnis eine gute Vorbereitung und Grundlage. Die deutsche Dichtung der Arbeit und ein auch formal hochwertiges Schrifttum über diesen Gegenstand werden zur Erläuterung und Verschönerung viel beitragen, werden die schwierige Materie leichter an das Gemüt heranbringen.

Dieser Schulstubeatheorie folge so häufig wie möglich der Besuch des werktätigen, brausenden Lebens unter sachkundiger Führung. Die Betriebsleiter machen meist keine Schwierigkeit. Wie blühen da oft die jugendlichen Augen vor der ihnen ganz neuen Welt auf, wie wird mancher Blick ahnend und verstehend ernst, wie umflort da auch der Schüler des Mitleids so manches Gesicht, wenn es den Menschen während in das keuchende Getriebe eingespannt sieht. Solche Stunden geben den jungen Menschen unschätzbare Gewinne für das Leben und für ihr Menschtum, sind durch Unterrichtsstunden nicht zu ersetzen. Wasser aus den Quellen des Lebens hat sich ihnen gezeigt, und das bleibt unvergesslich.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Arbeit der Schule mit politischer Beeinflussung nicht das geringste zu tun haben darf. Das wäre Verflüchtigung an heiligem Zweck und Ziel, Vergiftung des jugendlich reinen Geistes, der später nur noch zur Verschärfung der Klassengegensätze führen müßte. Der Arbeit mit ihrem Sinn und Wert als urmenschlicher Betätigung und Notwendigkeit, in ihrer Entwicklung und modernen Form, dem Ethos der Arbeit soll die Wirksamkeit der Schule allein gewidmet sein, dann wird sie ihre guten Früchte tragen.

Ich kann mich nicht besinnen, in meiner Schulzeit vor dem Kriege irgendwie mit Arbeit und sozialer Frage in Berührung gekommen zu sein. Das mag noch die Regel sein. Aber erfreulicherweise gewinnen doch wohl die lebensnahen Jugendbildner an Zahl und Einfluß. Sogar die amtlichen „Richtlinien für die höheren Schulen Preußens“ treten für die warme Behandlung unserer Probleme ein. Da heißt es etwa „die Erziehung zum Gemeinsein ist eine wichtige Aufgabe... die Schüler sollen sich in die äußeren und inneren Nöte solcher Stände einfühlen, zu denen sie im Leben keine unmittelbaren Beziehungen haben.“ An anderer Stelle wird empfohlen, „soziale Kämpfer wegen ihres besonderen Einflusses erzieherischer Art als Vorbilder opferbereiter Hingabe lebendig zu machen“. Auch die Führung durch Groß- und Kleinbetriebe wird gutgeheißen, der Einblick in die Werkstatt des Handwerkers als wünschenswert hingestellt.

Vor mir liegt ein Auszug von Primanerarbeiten. Die jungen Menschen haben eine Wanderung durch die Schönheiten des Rheingebietes unternommen, aber auch einen Blick in die rasenden Arbeitsstätten am Niederrhein getan. Das Resultat zeigt, daß den meisten „das soziale Erlebnis, die Berührung mit dem Arbeiter des Industriegebietes ebensoviel wog wie die Bekanntschaft mit dem Kölner Dom und der Eifel Landschaft“. Ein paar Stellen aus den Aufsätzen.

„An einer solchen Stätte wird einem erst das Los des deutschen Industriearbeiters klar...“ — „Mir ging das Verständnis für das Leid dieser Klassen auf, aus dem sich so vieles erklärt... im stillen gelobte ich mir, Achtung und Liebe zu hegen vor diesen unsern Brüdern...“ — „Stumm und überwältigt verließ ich das Werk, und im Geiste leuchtet es mit glühenden, gewaltigen Lettern, es ehrt den Mann die Arbeit und die Tat...“ „Das Seelenlose, Freudlose der Maschine und der Arbeiter ergriff mich sehr. Wie wenig sie als Menschen, als Individuum zu gelten haben. Es fehlt ihnen die Liebe zu allem, was sie umgibt, mit der Liebe zur Arbeit auch die Liebe zur Heimat. So ist mir das Verständnis für vieles, was man als soziale Fragen bezeichnet, aufgegangen...“

Das sind Eindrücke auf unbefangene Geister. Sie werden haften und sich später einmal, durch Erfahrungseinsichten vertieft, zum Wohle unseres ganzen Volkes auswirken.

Die Berufsgruppierung in Deutschland.

(Fortsetzung und Schluß.)

Der seit Jahren zu beobachtende Rückgang in der Zahl der in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Bevölkerung und ihrer Angehörigen hat sich bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. Die Berufszugehörigen in der Landwirtschaft machten aus von der Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 40 Prozent, 1895 33,6 Prozent, 1907 27,1 Prozent und 1925 23 Prozent. Auffallenderweise ist ein solcher Rückgang des Anteils auch bei der Industrie und dem Handwerk festzustellen, und zwar von 42,1 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907 auf 41,3 Prozent im Jahre 1925. Das besagt allerdings nichts gegen den fortschreitenden Industrialisierungsprozeß, wie er namentlich auch in der gewaltig fortgeschrittenen Konzentration und Mechanisierung der Industrie zum Ausdruck kommt. Der Zustrom an Erwerbstätigen, den Landwirtschaft und Industrie nicht aufnehmen konnten, hat zum größten Teil im Handel und Verkehrswesen eine Erwerbsmöglichkeit gefunden. Der bezügliche Prozentanteil stieg hier von 9,7 im Jahre 1882 auf 11,3 im Jahre 1895, 13,5 im Jahre 1907 und 16,9 im Jahre 1925.

Was die soziale Gliederung der Erwerbstätigen und der Gesamtbevölkerung anbelangt, so haben den größten Anteil die Arbeiter, es sind im ganzen fast 14,5 Millionen Arbeiter — das sind 45,1 v. H. aller Erwerbstätigen — im Deutschen Reich gezählt worden. An zweiter Stelle stehen die Selbständigen mit etwas über 5,5 Millionen Erwerbstätigen oder 17,3 v. H. der Gesamtzahl. Den dritten Platz nehmen die Mithelfenden mit rund 5,4 Millionen Personen oder 17,0 v. H. ein. Nur wenig kleiner ist die Zahl der Angestellten und Beamten mit zusammen 5,3 Millionen oder 16,5 v. H. aller Erwerbstätigen. Die kleinste Schicht ist die der Hausangestellten mit etwa 1,3 Millionen Personen oder 4,1 v. H. aller Erwerbstätigen. Die Rangordnung der einzelnen sozialen Schichten ist für die einzelnen Geschlechter verschieden. 53,2 v. H. aller Männer sind Arbeiter, 21,7 v. H. sind Selbständige, 18,7 v. H. Angestellte und Beamte, auf die Mithelfenden entfallen nur 6,3 v. H., auf Hausangestellte, Diener usw. nur 0,1 v. H. Bei den weiblichen Erwerbstätigen rücken die Mithelfenden an die erste Stelle auf. Von je 100 erwerbstätigen Frauen sind tätig als Mithelfende 36,0, Arbeiterinnen 30,5, Angestellte 12,5, Hausangestellte 11,4 und Selbständige 9,6.

Beinahe 40 v. H. aller Selbständigen sind in der Landwirtschaft gezählt worden, an zweiter Stelle steht Industrie und Handwerk mit rund 32 v. H., an dritter Handel und Verkehr mit rund 22 v. H. aller Selbständigen. Im Vergleich zur Fählung des Jahres 1907 hat die Zahl der Eigentümer in der Land- und Forstwirtschaft eine geringe Zunahme von 46 871 Personen aufzuweisen, das sind 2,3 v. H. des Bestandes von 1907. Für die Männer allein ergibt sich eine geringfügige Abnahme von 0,05 v. H., für die Frauen eine Zunahme von 18,6 v. H. des früheren Bestandes. Durch die Kriegsverluste an Männern ist also ein größerer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe unter weibliche Leitung gekommen. Die Zahl der Pächter ist um 9 329 Personen oder um 7,5 v. H. zurückgegangen, die an sich geringe Zahl der Administratoren und sonstigen Leiter hat sich ebenfalls um 2,3 v. H. vermindert. Verhältnismäßig gering ist die Zunahme der Selbständigen in Handwerk und Industrie, um so größer dagegen die in Handel und Verkehr, wo ihre Zahl um 267 286 Personen oder um 28,7 v. H. größer ist als im Jahre 1907.

Im Vergleich zu dem Jahre 1907 hat die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Arbeiter eine Zunahme um 22,3 v. H. aufzuweisen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, die nur in einigen östlichen Provinzen Preußens einen Zuwachs zu verzeichnen haben, sind im gesamten Reich um 9,6 v. H. zurückgegangen. Dieser Rückgang an Arbeitern wird durch die Zunahme der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft mehr als ausgeglichen. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie und im Handwerk hat um 29,7 v. H., im Handel und Verkehr um 62,6 v. H. zugenommen. Der Zuwachs der Arbeitererschaft ist noch in den beiden letztgenannten Abteilungen beträchtlich geringer als die Zunahme der Angestelltenenschaft in den gleichen Erwerbszweigen. Die Gesamtziffer der Hausangestellten beläuft sich auf 1 325 558 Personen. Gegenüber 1907 ist die Zahl der Hausangestellten kleiner geworden, was mit den veränderten sozialen Verhältnissen, Wohnungsmangel usw. zusammenhängen dürfte. Interessant ist auch folgende Feststellung: Es entfällt 1 Hausangestellter auf jeden 8. Selbständigen, auf jeden 35. Angestellten und Beamten, jeden 455. Arbeiter und jeden 36. Berufslosen Selbständigen. Die prozentual stärkste Zunahme haben die Angestellten aufzuweisen. Ihre Zahl hat in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr gegenüber 1907 um 98,2 Prozent zugenommen, also sich nahezu verdoppelt. Noch stärker ist der Anteil der weiblichen Angestellten gestiegen, er hat sich mehr als verdreifacht, während sich bei den männlichen Angestellten eine Steigerung von 74 v. H. ergibt.

Mit Genugtuung verzeichnet das Reichsstatistische Amt die Schnelligkeit, mit der die Aufarbeitung der Ergebnisse vom 16. Juli 1925 geschehen ist. Die deutschen amtlichen Stellen sind in dieser Beziehung jenen des Auslandes weit voran. Frankreich, Belgien, Schweden, die Schweiz, die Vereinigten Staaten z. B. lassen einen größeren Zwischenraum zwischen dem Zeitpunkt der Erhebung und der Veröffentlichung entsprechender Statistiken erkennen, als dies bei uns der Fall gewesen ist.

Um die Früchte der Rationalisierung.

Wer erntet sie?

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin hat dessen erster Geschäftsführer Dr. Reichert behauptet, daß durch die Forderungen der Arbeiterschaft die Früchte der Rationalisierung nur den Belegschaften, nicht aber den Aktionären zugute kommen. — Nach dem Text der Deutschen Bergwerkszeitung vom 16. Juni prägte er folgende bezeichnende Sätze: „Wie die Lohnhöhe, so wird auch die Arbeitszeitdauer in der Welt im Fluß bleiben. Verkehrt wäre es deshalb, wenn sich Deutschland in einer Zeit unerträglicher Reparations Tribute seine Lebensbedingungen innerhalb der Weltwirtschaft verschlechtern würde. . . Selbstverständlich lassen die technischen Verbesserungen keine entsprechende Ersparnisse erzielen, wenn die Aufwendungen für die Löhne und den Zinsendienst steigen. In solchen Fällen werden die Früchte der Rationalisierung von der Arbeiterschaft fast allein genossen. Nichts davon erhält der Aktionär und Obligationär, nichts der Verbraucher und die Gesamtwirtschaft. . .“ Nach dieser Auffassung haben die Früchte der Rationalisierung in erster Linie dem Besitz, den Aktionären und Gläubigern der Werke zugute zu kommen; die Arbeit, die Arbeiter und Angestellten kommen erst in zweiter Linie.

An diesem Punkte dürften sich die Meinungen scheiden. Auch für den einsichtigen Arbeitnehmer ist es eine völlige Selbstverständlichkeit, daß kein Werk auf die Dauer bestehen kann, wenn es nicht entsprechend verdient, um zunächst seine Selbstkosten decken, die notwendigen Abschreibungen und Erneuerungen machen zu können. Des ferneren haben auch diejenigen, die das Kapital zu Verfügung stellen und das Risiko mittragen müssen, ein Anrecht auf eine angemessene Verzinsung. Durch die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen und Umstellungen, die wir unter dem Begriff der Rationalisierung zusammenfassen, sind die Roh- und Reinerträge ohne Zweifel beträchtlich in die Höhe gegangen. In einer aus Anlaß der oben genannten Tagung erschienenen Übersicht über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1926 in der Industrie- und Handelszeitung hat die Industrie „es verstanden, trotz der Gebietsverluste durch den Krieg, die gerade sie in ausnehmendem Maße betroffen haben, die Versorgung der nicht entsprechend gesunkenen Bevölkerung in vollem Umfange sicherzustellen; sie ist in der Deflationskrise, die die zweite Hälfte des Jahres 1925 und die erste von 1926 erfüllte, wieder Herr geworden. Ihre vermehrte Leistungsfähigkeit spiegelt besonders auch die Ausfuhr von Grobeisenerzeugnissen wieder, die gegenüber 5,4 Mill. Tonnen in 1913 im Jahre 1924 erst 0,95 und auch noch 1925 nur 2,4 Millionen Tonnen betragen hatte, 1926 aber bereits auf 4 Millionen Tonnen gestiegen ist und damit Deutschland wieder zum ersten Eisenausfuhrland der Welt erhoben hat.“ Wir alle haben Veranlassung, über diese Entwicklung uns zu freuen. Der hervorragende Anteil der Wirtschaftsführung daran wird von den Gewerkschaften auch neidlos zugegeben. Eben schreibt noch die Gewerkschaftszeitung vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: „Selbstverständlich verdankt die Industrie die Entspannung ihrer Lage auch in hohem Maße ihrer eignen Tätigkeit und Tüchtigkeit. Die Verdrängung der Industriellen auf dem Gebiete der Rationalisierung haben wir bereits hervorgehoben. Auf organisatorischen Gebiete haben sie durch Verschmelzungen, Interessengemeinschaften, Kartelle und Konventionen erfolgreich die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet und stehen den Abnehmern ihrer Erzeugnisse als geschlossene Gruppe mit der entsprechenden Macht gegenüber. Kurzum, eignes zielbewusstes Handeln, weitgehende Unterstützung durch die öffentlichen Gewalten mitsamt dem allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft haben die Lage der Industrie ganz offensichtlich von Monat zu Monat günstiger gestaltet.“ — Die Frage, um die es sich dreht, ist hauptsächlich die, ob die Arbeiterschaft noch eine weitere Kräftigung der Betriebe abwarten soll, ehe auch sie an den Früchten der Rationalisierung teilnimmt, oder ob sie diese Kräftigung schon tatsächlich für genügend hält, um auch ihrerseits einen größeren Anteil in Anspruch zu nehmen.

Die Arbeiterschaft verweist darauf, daß die erhöhten Roh- und Reinerträge erzielt worden sind, bei wesentlich verringerten Belegschaften. In der Industrie- und Handelszeitung wird das auch bestätigt; wo es heißt: „Das gewaltige Schicksal der Vereinigten Stahlwerke stand, mit dem 1. April 1926 ins Leben getreten, im vorigen Jahre noch in den Kinderschuhen. Seither ist es zu immer gesteigerten Leistungen gelangt, und der Geschäftsbericht des ersten Jahres hat gezeigt, wie sehr der Wirkungsgrad der Industrie durch ihre Konzentration und die Zusammenfassung der Erzeugung an den geeignetsten Standorten gesteigert worden ist. Eine Hütte des Stahlwerks konnte ihre Rohabfertigung um mehr als 75 Prozent erhöhen, ohne einen einzigen Mann neu einzustellen; innerhalb des Gesamtwerks ist die Rohabfertigung in sechs Monaten um 48 Prozent, die Rohabfertigung

um 51 Prozent, die Rohlenförderung um rund 30 Prozent gestiegen, während die Arbeiterschaft sich in dem gleichen Zeitraum nur um rund 9 Prozent vermehrte. Es ist daher auch nicht richtig, daß die Rationalisierung, wie vielfach angenommen wird, zum Schaden der Arbeiterschaft ausgefallen sei, und was den Stahlverein angeht, so konnte bei ihm die monatliche Gesamtlohnsumme um fast 30 Prozent, das Durchschnittseinkommen des einzelnen Arbeiters um 20 Prozent gesteigert werden. In ähnlicher Weise haben die andern Konzerne zusammengefaßt und rationalisiert; die Mitteldeutschen Stahlwerke, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke weisen in kleinerem Maße eben solche Erfolge auf wie der Stahlverein im Rheinland, und neben den organisatorischen sind technische Fortschritte von hohem Ausmaß zu verzeichnen. Die Thyssen-Werke in Hamborn, die Anlagen der Gutehoffnungshütte und des Bochumer Vereins, die Werke von Hoersch und noch manche andere sind auf die Höhe moderner Technik gebracht worden und stehen hinter den amerikanischen in vieler Hinsicht nicht mehr zurück.“ — Für diese Ertragssteigerung bringt das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einige weitere Einzelbeispiele: „Im Bochumer Verein ist die Roheisenerzeugung um 66,2 Prozent, die Rohstahlerzeugung um 86,2 und die Erzeugung von Walzwerkfabrikaten um 75,7 Prozent gestiegen. Gleichzeitig nahm die Belegschaft aber nur um 6,9 Prozent zu. In den Hüttenanlagen »Vulkan« bei Duisburg stieg die Roheisenerzeugung um 60,3 Prozent, die Belegschaftsziffer aber hat um 19 Prozent abgenommen. Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn wuchs die Erzeugung um 46,4 Prozent, die Belegschaft ging aber um 13,8 Prozent zurück. Auf der Dortmunder Union ist eine Erzeugungsteigerung von 17 Prozent und ein Belegschaftsrückgang um 16,1 Prozent und auf der Gute-Hoffnung-Hütte eine Produktionserweiterung von 27,8 und eine Belegschaftsverminderung von 7,8 Prozent zu verzeichnen.“ — Diese gewaltige Steigerung der Erzeugung bei relativem und absolutem Rückgang der Lohnkosten muß sich in entsprechenden Gewinnen auswirken. Wenn nun nach Dr. Reichert die Arbeiter die Früchte der Rationalisierung in erster Linie genossen haben sollen, so sind diese anderer Meinung. Die Aktionäre, die angeblich zu kurz gekommen sind, erkundigen sich vielleicht einmal nach den stillen Reserven, ob da die Gewinne nicht Unterschluß gefunden haben.

Die Arbeiterschaft verlangt Erhaltung ihres Reallohnes. Dieser ist für die nächsten Monate statt gesichert, eher bedroht. Um so mehr gilt es auf eine Preisverbilligung auf der ganzen Linie hinzuwirken, wenn das Mittel zur Sicherung des Reallohnes, Lohnbewegungen verhütet werden sollen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 28. August bis 3. September 1927 der 35. Wochenbeitrag im Jahre 1927 fällig ist.

Zeichnungen: Es liegt nur im Interesse der Verbandsmitglieder, wenn alle eingegangenen Beitragselder von den Zahlstellenkassierern sofort an die Hauptkasse eingesandt werden.

Handwerkskunst im Holzgewerbe. Der bessere Geschäftsgang ermöglicht jetzt eine wirksame Werbearbeit für unsere Fachzeitung. Unsere Zahlstellen müssen in edlem Wettbewerb dahin streben, daß die „Handwerkskunst“ möglichst viele Besucher erhält.

Lohn- und Sachbewegung.

Schiedspruch im Revelaerer Holzgewerbe.

Im gesamten Rheingebiet ist schon seit Monaten zwischen den in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Holzgewerbe, bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Einigung erzielt worden. Nur die Schreinerzwangsinnung von Revelaer glaubte Außenstehern spielen zu müssen, trotzdem auch in Revelaer Firmen waren, die die tarifvertraglichen Vereinbarungen des Holzgewerbes im Rheingebiet anerkannten. Die Innung lehnte sowohl die für Revelaer schon im früheren Reichsmantelvertrag festgelegte Lohnklasse ab, wie auch die sonstigen im neuen Vertrag bestehenden Vereinbarungen. Diese Stellungnahme der Innung, die nicht nur schädigend für die in Frage kommende Arbeiterschaft, sondern auch für das Holzgewerbe als solches bezeichnet werden muß, veranlaßte uns, nachdem alle Verhandlungen, um auf friedlich-friedlichem Wege zu einer Einigung zu kommen, gescheitert waren, den staatlichen Schlichtungsausschuß um Vermittlung und Entscheidung anrufen. Derselbe hat in seiner Sitzung vom 17. August, nachdem auch seine Einigungsversuche an dem Stützpunkt der Innung scheiterten, folgenden Schiedspruch gefällt:

1. „Der Landestarifvertrag für die Holzindustrie und des Holzgewerbe im Rheingebiet in der Fassung

vom 13. Mai 1927 (21. März 1925 einschl. Anhang) wird zwischen den Parteien unter stimmungsgemäßer Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages als Tarifvertrag vereinbart.

Dieser Vertrag tritt von heute ab in Kraft und gilt bis zum 1. März 1928.

Bezüglich der Kündigung des Vertrages gelten die Bestimmungen des Landestarifvertrages.

2. Vom 1. September 1927 ab gelten die Löhne des Lohnabkommens vom 13. Mai 1927 zwischen dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie im Rheingebiet, dem rheinisch-westfälischen-lippischen Tischler-Innungsverband einerseits und dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter, deutscher Holzarbeiterverband und Gewerksverein der Holzarbeiter andererseits.

Durch diesen Schiedspruch dürfte somit den Allgemeininteressen des Revelaerer Holzgewerbes gedient sein.

Sägewerke in der Rheinpfalz.

Nach mehrmaliger Verhandlung ist nun auch für das Sägewerbe im Gebiete der Rheinpfalz eine Verständigung über den Lohn und das Vertragsverhältnis erzielt worden. Bereits im Mai 1927 ist eine vorläufige Vereinbarung getroffen worden, wonach alle Arbeiter über 18 Jahre 2 Pfg., alle Arbeiter unter 18 Jahre 1 Pfg. Zulage erhalten haben. In der letzten Verhandlung am 22. Aug. 1927 ist die endgültige Vereinbarung getroffen. Es werden nunmehr ab der am 10. August laufenden Lohnwoche weitere 2 bzw. 1 Pfg. Zulagen, gleich wie im Mai, gezahlt. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt danach in den drei Ortsklassen 78 — 72 — 67 Pfg. pro Stunde. Die Vereinbarung gilt bis 31. März 1928.

Als Manteltarif war in den früheren Jahren der Tarif für das rechtsbayrische Sägewerbe anerkannt. Dieser Vertrag ist zuletzt nicht erneuert worden. Es ist nunmehr eine Verständigung der Parteien erzielt, daß der jetzt bestehende Mantelvertrag für das rechtsbayrische Sägewerbe auch für die Rheinpfalz übernommen wird mit der notwendigen formalen Änderung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Am Freitag, den 12. August, hielt unsere Zahlstelle im großen Saale des Gasthaus zum Häring eine Versammlung ab, die außerordentlich gut besucht war. Als Referent war der Kollege Schick vom Hauptverband in Köln erschienen, der aus Anlaß des Bayerischen Säugendtages sich auf der Reise nach München befand.

Nach Begrüßungsworten seitens des Zahlstellenvorsitzenden Kollegen Graf berichtete alsdann Kollege Schick über den Stand unseres Verbandes und unsere Aufgaben. Ausgehend von den unglückseligen Kriegs- und Nachkriegsverhältnissen, die auch die Finanzkraft unseres Verbandes ungünstig beeinflusst haben, konnte Redner feststellen, daß wir wieder auf dem Wege sind, unsere alte Gewerkschaftskraft allmählich wieder herzustellen. Das ist nur möglich, wenn Opfersinn unsere Kollegen befeuert. Wir wollen und müssen den Glauben und den Wunsch mancher Leute zuschanden machen, der dahin gerichtet war und noch ist, die Gewerkschaftsentwicklung aufzuhalten. Recht deutlich hat die Erfahrung uns gelehrt, daß wir auf die Hilfe und das Wohlwollen anderer Stände nicht bauen können, daß wir uns selbst helfen müssen. Wir haben das Recht und die Pflicht, für bestmögliche Arbeitsleistung auch eine entsprechende Entlohnung zu verlangen; eine Entlohnung, die nicht nur eine allernotwendigste Lebenshaltung sichert, sondern die auch den Ertrag der Arbeit in entsprechender Weise dem Arbeiter zugute kommen läßt. Daneben verlangen wir vollste Gleichberechtigung im Volks- und Wirtschaftsleben und dürfen uns nicht als minderwertigen Stand betrachten.

Solange uns eine richtige Entlohnung für unsere Arbeitsleistung, solange uns die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben widerrechtlich vorenthalten wird, haben wir uns auf Kampfmaßnahmen einzustellen. Ein solcher Kampf hat mit Klassenkampf nichts gemein. Wir wollen keinen andern Stand beherrschen und unterjochen, wollen aber auch nicht beherrscht und unterjocht sein. Zu diesem unserm Streben gehört neben einer guten Verbandskasse auch eine weitgehende soziale und wirtschaftliche Schulung unserer Kollegen, gehört entsprechende Geisteskraft. Besonders muß unsere Jugend nach Kräften sich bemühen, unsere Verbandsfähigkeit weiterzutragen. Keine Faulheit und Gleichgültigkeit darf uns befeelen.

In diesem Sinne wünschte Redner unserer guten Zahlstelle Augsburg ein weiteres Blühen und Gedeihen.

Eine nach dem Vortrag einsetzende rege Aussprache gab Zeugnis davon, daß die Kollegen den festen Willen haben, unser erprobtes und erfolgreiches Verbandsbestreben fortzusetzen, daß in Augsburg unser christlicher Gewerkschaftsgeist lebendig ist.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.

In den Tagen vom 14. bis 17. August hielt der Zentralverband christlicher Textilarbeiter seinen 9. Verbandstag ab. Der Tagung voraus ging am Sonntag eine große Rundgebung, auf der Stegerwald sprach über Gegenwart- und Zukunftsaufgaben der aufstrebenden Arbeiterschaft. Die Anwesenheit zahlreicher Gäste und Behörden legten Zeugnis dafür ab, daß die Öffentlichkeit ein lebhaftes Interesse an den Bestrebungen der Arbeiterschaft hat. Die Aus-

* Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer. *

Tagungen

der Arbeitgeber des Tapezierergewerbes.

In letzter Zeit wurden zwei Tagungen von Organisationen der Arbeitgeber im Tapezierergewerbe abgehalten, an denen auch wir nicht achtlos vorübergehen wollen. Zunächst veranstaltete der „Deutscher Tapezierer-Bund“ eine Obermeistertagung in Berlin. Da der Bund alle zwei Jahre zu einer Bundestagung zusammenkommt, war die Obermeistertagung als Zwischentagung zu betrachten. Als eine der wichtigsten Arbeiten dieser Tagung betrachtet das Meisterorgan „Die Allgemeine Tapezierer-Zeitung“ die Schaffung der Meisterprüfungsordnung. In dieser sollen die Anforderungen eines Tapezierermeisters im praktischen Können, theoretischen Wissen und in der Allgemeinbildung festgelegt sein. Hierzu sei bemerkt, daß eine solche Prüfungsordnung nach der Gew.-Ord. nur mit Zustimmung der Oberen Behörde wirksam werden kann. Angebracht wäre es, daß zu solchen Neuerungen im Gewerbe auch die Arbeitnehmerorganisationen ein Wort mitzusprechen hätten. Eine später zur Geltung kommende Meisterprüfungsordnung im Tapezierergewerbe interessiert alle in Frage kommenden Berufsangehörigen. In Betracht zu ziehen ist auch, daß nicht alle, die eine Meisterprüfung ablegen, selbständige Meister werden. Hoffentlich wird das kommende Berufsausbildungsgesetz auch die Arbeitnehmer mitverantwortlich in diesen Dingen machen. Die Tagung beschloß weiter, daß im nächsten Jahre der Bundestagung in Leipzig eine Lehrlingsprüfungsordnung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Ebenso soll diese Tagung die Titeländerung des Bundes in: „Reichsbund deutscher Dekorateurs, Polsterer und Tapezierermeister“ beschließen. Aufgefordert wurden alle Innungen, dahin zu wirken, daß mehr wie bisher praktische Lehrkräfte für die Berufsschulen angestellt werden. Diese Forderung kann auch von den Arbeitnehmern auf das wirksamste unterstützt werden.

Weiterhin tagte vom 31. Juli bis zum 3. August in Köln der Bundestag der „Deutschen Sattler- und Tapezierermeister“. Indem auch diese Organisation neben den Sattlermeistern auch selbständige Tapezierer und Polsterer als Mitglieder zählt, entstehen naturgemäß manche Reibungsflächen zwischen dem oben genannten „Deutschen Tapeziererbund“ und dem „Bunde der Sattler- und Tapezierermeister“. Dazu kommt, daß durch den Rückgang des Pferdebetriebes manche Sattlermeister sich wieder mehr mit Polster- und Dekorationsarbeiten beschäftigen. Eine eigene Fachschule für Polsterer und Dekorateurs hat der „Bund deutscher Sattler- und Tapezierermeister“ bereits in Hildesheim errichtet. Die Tagung beschäftigte sich mit der Umstellung des Sattlergewerbes. Rückgang des Pferdebetriebes hieß für den Sattler Umstellung auf das Auto. Als Arbeiten kämen hier „Polsterung, Verdeck, Kühlerhaube, Schutzhüllen usw. in Frage“. Der Lehrer der Fachschule in Hildesheim sprach über moderne Dekorationen. Auch erklärte sich die Tagung bereit, mit den Arbeitnehmerorganisationen Reichsmantelstarife abzuschließen. Hauptächlich kommen für diese Organisation Verträge für das Sattlergewerbe in Betracht.

Die Ohnmacht des sozialistischen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes.

Wenn wir die obige Überschrift wählen, geschah das nur, um das demagogische Mittel, das die sozialdemokratische „Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerzeitung“ in ihrer Nr. 32 d. J. unter der Überschrift „Die Ohnmacht der christlichen Gewerkschaften“ gegen unsere Bewegung gebraucht hat, genügend zu kennzeichnen. Sieht die Redaktion des genannten sozialistischen Gewerkschaftsblattes in dieser Überschrift, an Stelle der christlichen Gewerkschaften, ihren eigenen Verbandsnamen, wird ihr vielleicht das Blöde, aber auch das Demagogische ihrer Schreibweise, bewußt. Ein Gewerkschaftsblatt, welches durch eine solche Schreibweise und Polemik die andere Gewerkschaftsrichtung bekämpft, zeigt wirklich eine große Ohnmacht, denn das geistige Besitztum muß so gering sein, daß man sich zu einer anständigen Kampfweise einfach nicht erheben kann.

Was gab dem sozialdemokratischen Verbandsorgan Veranlassung, eine solche Überschrift auf die christlichen Gewerkschaften anzuwenden? Die Zahlstelle Düren des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes veröffentlichte im „Deutschen“ eine Schilderung der sozialen Mißstände in der Rheinischen Vinoleumfabrik Bedburg. Sie schreibt in dem Artikel, daß die Firma auch durch rückwärtsloses Vorgehen jede Organisierung der Leute unmöglich mache. Auch seien bessere Verhältnisse in dem Betriebe nicht zu schaffen, weil vor allem die Leute zu ängstlich sind, sich zu organisieren und sich nicht der Gefahr der Entlassung aussetzen wollten. Unter anderem

sind dann noch die schlimmen Zustände des näheren geschildert und die Bemühungen des Verbandes zur Beseitigung derselben. Weil nun in einem solchen, fast unorganisierten Betriebe, der christlichen Organisation es bisher nicht gelang die Verhältnisse zu bessern, soll nach der sozialdemokratischen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerzeitung die Ohnmacht der christlichen Gewerkschaften bewiesen sein.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Organisation, sei es eine christliche oder sozialistische, in ihrem praktischen Wirken gegenüber manchen Betrieben und Arbeitgebern Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen hat, die auch unter Heranziehung der verschiedensten Mittel zunächst unfruchtbar bleiben. Wenn man einem brutalen, dazu noch mit allen Raffinessen ausgestatteten Unternehmer gegenüber steht, das Gros der Arbeiter dazu noch das Mittel der Organisation nicht ergreift, sei es aus Furcht oder aus Trägheit und Stumpfsinn, bleiben in der Regel alle Bemühungen der Gewerkschaft unfruchtbar. Auch bei Heranziehung der gesetzlichen Faktoren erlebt man oft die eigenartigsten Dinge, da auch hier Menschen eine Rolle spielen.

Was wir hier vorstehend schildern, ist für jeden praktischen Gewerkschaftler so klar, daß es darüber gar kein Streiten gibt. Höchstens kann man über die praktische Anwendung der Mittel im einzelnen verschiedener Meinung sein. Anders das Organ des sozialistischen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes; es hat etwas entdeckt und es kann mit einer demagogischen Überschrift „Die Ohnmacht der christlichen Gewerkschaften“ schildern. Recht leicht könnte man dem sozialistischen Organ nachweisen, daß der eigene Verband in sehr vielen Fällen ähnlichen Verhältnissen gegenübersteht. Wo dieser Verband Verträge abschließt, die von den Firmen sowie von den eigenen Leuten nicht eingehalten werden, indem sich letztere mit geringeren Löhnen zufriedengeben. Wir erinnern hier besonders an die Polstermöbelfabriken. Ein Gewerkschaftsblatt müßte sich schämen, mit solchen blöden, einfältigen Mitteln die Organisation der anderen Richtung zu bekämpfen.

Es redet weiterhin noch, daß die Christlichen in Düren nicht die bürgerliche Presse benützt hätten und schlussfolgert in ihrer Art. Dem sozialdemokratischen Tapezierer-Organ empfehlen wir, unser Verbandsorgan „Der Holzarbeiter“ Nr. 28 vom 15. Juli 1927 durchzulesen. Es findet dort einen Artikel über das Heinsberger Rorbmachergebiet. Dort stand unser christlicher Holzarbeiterverband ähnlichen Verhältnissen, wie wir sie oben schilderten, gegenüber. Und ausgerechnet war es das „Heinsberger Tageblatt“, das Organ der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, welches die Verteidigung des Unternehmers, der jegliche Verhandlung über einen Tarifvertrag ablehnte, sich den Besuch eines Organisationsvertreters in der bestigsten Tonart verbat, wo kein organisierter Arbeiter es wegen den niedrigen Löhnen aushalten konnte, übernahm. Auch mußte ein sozialistischer Rechtsanwalt in einer Privatklage dieses Unternehmers gegen den Gewerkschaftsangehörigen noch Hilfe leisten. Wir empfehlen dem Tapezierer-Organ, in einem Artikel unter einer recht kraftvollen Überschrift, die vielleicht nach ihrem bekanntem Muster lauten kann: „Die sozialdemokratischen Organe gegen die Arbeiterinteressen, aber für Unternehmermüchür“ den Kampf gegen solche Arbeiterschädlinge aufzunehmen. Hoffentlich wird aber die Redaktion des sozialdemokratischen Tapezierer-Organs dabei nicht ohnmächtig. Aber auch dafür gibt es genügend Mittel.

Sachliches über Daunempolsterung.

Es gibt kaum ein anderes Material, welches so vorzügliche Eigenschaften zur Polsterung guter, dauerhafter Polstermöbel besitzt, als die Daunen. Insbesondere kommen die Daunen zur Polsterung solider Ledermöbel in Frage; aber auch für gute Möbel mit Stoffbezug finden sie vielfach in Kopf- und Seitenpolster Verwendung. Gerne fügt man auch den Polstermöbeln, Klubsesseln sowie auch Sofas lose mit Daunen gefüllte Kissen bei. Gute, gediegene Polstermöbel, die als wirklich bequem gelten sollen, insbesondere aber Möbel, die von ruhebedürftigen Kranken benützt werden, müßten stets mit einer Daunempolsterung versehen werden. Wenn auch diese Polsterung etwas teurer ist, so ist doch der Preisunterschied angesichts der vielen Vorzüge nicht bedeutend.

Die Gans liefert unstrittig die besten und haltbarsten Daunen. 31 Gänse sollen durchschnittlich ein Kilogramm Daunen liefern. Man wird daraus unstrittig erkennen, daß die Gänse den Bedarf allein nicht decken können. Doch da hilft uns die Ente aus. Auch sie liefert uns recht gute graue und halbweiße Daunen, die sehr weich sind. Nur besitzen diese nicht dieselbe Elastizität wie die Gänse-daunen.

führungen Stegerwalds fanden allseitiges Verständnis und zeigten, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung mehr ist, als nur Lohn- und Tarifvertretung. Die Verhandlungsverhandlungen begannen am Montag. Das Hauptthema der eigentlichen Arbeitstagung behandelte die „Frauenarbeit in der Textilindustrie“. Verbandsvorsitzender Jahrenbrach sagte u. a. folgendes: Wieviel Volksnot, wieviel Gefahren für die Volkszukunft bedeutet die Tatsache, daß unter den 700.000 in der Textilindustrie Beschäftigten 250.000 verheiratete Frauen sind. Die christliche Arbeiterbewegung will helfen und nicht ruhen, bis die Mutter der Familie wieder zurückgegeben ist. Die Hebung der Familienkultur kann nicht von oben kommen. In den oberen Gesellschaftsschichten wird der Wert des Kindes nicht mehr geschätzt. Die Besserung muß von unten ausgehen. Es gilt, die Hausfrau und Mutter aus dem Wirtschaftskampf, aus der Fabrik zu befreien, sie ihrer gottgewollten Bestimmung zurückzugeben, damit sie wieder das Kind als ein Geschenk Gottes betrachten kann und die Familie wieder eine Segensquelle für das Volk bedeutet.

Eingehend wurde diese Frage dann in einzelnen Referaten behandelt, und zwar: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit in der Textilindustrie“, „Die Gefahren der Frauenarbeit für Arbeiterin, Familie und Volk“, „Leistung und Entlohnung der Textilarbeiterin, Schutz und Hilfe durch die Gesetzgebung und Schutz und Hilfe durch den Verband“. Für die volkswirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und insbesondere für die Textilindustrie ist Frauenarbeit unbedingte Notwendigkeit. Frauenarbeit muß ihre Anerkennung in ihren Leistungen finden und eine bessere Entlohnung eintreten. Sie darf nicht als billige Arbeitskraft und demnach als Konkurrenz für Männerarbeit bewertet werden.

Der Verbandstag fordert Schutz der weiblichen Arbeitskraft. Außer dem normalen Arbeitstag von acht Stunden den freien Sonnabendnachmittag, auch an den Vortagen von Feiertagen. Überstundenverbot für Jugendliche unter 18 Jahren und der verheirateten Frauen und Verbot der Beschäftigung in Mehrschichten vor 6 Uhr morgens und nach 10 Uhr abends. Einen erhöhten Schutz für schwangere Frauen. In der Entlohnung für gleiche Arbeitsleistung auch gleiche Lohnsätze für Akkord und Zeitlohn.

Danach hielt Professor Dr. Wehrle von der Handelshochschule Nürnberg einen außerordentlich beachtenswerten Vortrag über „Strukturwandlungen in der deutschen Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Rückwirkung auf Arbeitsmarkt und Arbeitsverhältnisse“.

Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht, der vom Verbandsvorsitzenden Jahrenbrach ergänzt wurde, gab Aufschluß über die Tätigkeit des Verbandes in den letzten drei Jahren. Mitgliederentwicklung und Massenverhältnisse des Verbandes können als durchaus gut bezeichnet werden. Mit einem Vortrag des zweiten Vorsitzenden Franz Fischer über „Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des Verbandes“ fand die in allen Ecken wertvoll und gut verlaufene Tagung ihren Abschluß.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter im Jahre 1926.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands veröffentlicht in seiner Verbandszeitung seinen Bericht über Entwicklung und Arbeit im Jahre 1926. Folgendes möchten wir daraus unsern Mitgliedern zur Kenntnis geben.

Hinsichtlich der Mitgliederentwicklung kann der Bericht eine Zunahme von 784, oder 4,1 Prozent, buchen. Angesichts des Umstandes, daß im Jahre 1925 ein Mitgliederverlust von 13,2 Prozent vorhanden war und andererseits der sozialistische Tabakarbeiterverband im Jahre 1926 nur eine Mitgliederzunahme von 1,2 Prozent aufzuweisen hat, kann das Ergebnis als ein erfreulicher Fortschritt gewertet werden.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen im Jahre 1926 200.589 Mark, die Gesamtausgaben 188.903 Mark und das Gesamtvermögen des Verbandes stellte sich Ende 1926 auf 129.984 Mark. Hier ist eine Steigerung von 23,4 Prozent zu verzeichnen. Die Einnahmegerüstung ist hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Vor allem hängt das zusammen mit der gewaltigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie im 1. und 2. Vierteljahr 1926.

Die Arbeit des Verbandes war im Jahre 1926 eine sehr umfangreiche, aber auch erfolgreiche. Viele Erfolge erzielte er auf dem Gebiete der Durchführung und Einhaltung der tarifvertraglichen Bestimmungen. Mit gutem Erfolge war er weiter tätig auf dem Gebiete der Durchführung des Art. III des Tabaksteuergesetzes, welches die Unterstützung der durch das Gesetz geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen regelt. Auf dem Gebiete der Rechtshilfe konnten 5.564 Fälle betreut werden, die 5.484 Auskünfte und 4.385 Schriftsätze erforderten. Der durch diese Arbeit für die Mitglieder erzielte unmittelbare Barerfolg betrug nach vorsichtiger Berechnung 185.738 Mark. In Wirklichkeit ist diese Summe noch erheblich größer, da nur über den Ausgang eines Teiles der betreuten Fälle Angaben vorliegen. Seine Arbeit auf dem Gebiete des Betriebsrätewesens haben zur Folge gehabt, daß die Wahlen im laufenden Jahre in den Betrieben seiner

